

PABLO GONZALEZ CASANOVA

**Democracy in Mexico**

Oxford University Press, New York 1970, Paperback-Ausg. 1972,  
244 S. — übersetzt nach der 2., verb., mex. Aufl. von 1967.

KENNETH F. JOHNSON

**Mexican Democracy — A Critical View**

Allyn and Bacon, Inc., Boston 1971, 190 S.

Das politische System Mexikos ist insbesondere im letzten Jahrzehnt zu einem bevorzugten Forschungsobjekt US-amerikanischer, auf Lateinamerika spezialisierter Sozialwissenschaftler geworden, da es sich in Anbetracht seiner relativen politischen Stabilität und Effizienz als ein „deviant case“ unter den Ländern Lateinamerikas präsentiert und somit als Entwicklungsmodell gesteigerte Aufmerksamkeit auf sich zog. Die Untersuchungen der meisten US-Amerikaner — solcher wie Frank Brandenburg, Robert E. Scott, Vincent L. Padgett — leiden jedoch darunter, daß sie bei aller Akribie der Darstellung und Stringenz der Argumentation Kategorien auf Mexiko anwenden, die dem europäisch-US-amerikanischen Erfahrungsbereich entnommen sind und deshalb von mexikanischen Sozialwissenschaftlern wie González Casanova als die Probleme lateinamerikanischer Gesellschaften und ihre Lösung verzerrender „intellektueller Kolonialismus“ zurückgewiesen werden. González Casanova hat denn auch seine 1963 abgeschlossene und 1965 zum erstenmal veröffentlichte Studie u. a. mit der Intention verfaßt, diesen von lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern immer stärker empfundenen Bestandteil des Dependenzsyndroms abzuschütteln.

González Casanovas konzeptueller Rahmen zur Erfassung der politischen und sozioökonomischen Wirklichkeit Mexikos ist der einer dualistischen Gesellschaft: hier eine durch Wohlstand und Bildung privilegierte, politisch partizipierende Minderheit; dort die Mehrheit der wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch marginalen Bevölkerung, die zur ersten Kategorie im Verhältnis eines „internen Kolonialismus“ steht. Eine Überwindung der Kluft erscheint ihm nur mit Hilfe einer integralen Entwicklungspolitik möglich. Zu Recht hat González Casanova den Begriff der Entwicklung von demjenigen der Modernisierung ab, da letzterer allzuoft mit bloßem wirtschaftlichen Wachstum identifiziert wird, wogegen die Kategorie Entwicklung eine Umverteilung des Sozialprodukts voraussetzt und impliziert. Er begreift also Demokratisierung im Sinne einer umfassenden Partizipation der Bevölkerung am Willensbildungsprozeß als Entwicklungsvariable und Entwicklungsparameter zugleich.

Um eine Antwort auf die Frage nach dem Demokratisierungs- und damit Entwicklungspotential des mexikanischen politischen Systems erhalten zu können, untersucht González Casanova die formale Struktur der politischen Institutionen, die reale Machtstruktur und die Sozialstruktur. Wenn er auf die Macht des Staatspräsidenten abhebt, so darf nicht übersehen werden, daß bereits das von den USA übernommene Präsidialsystem dem Präsidenten eine außerordentlich starke Stellung im Kabinett und gegenüber dem Kongreß einräumt. Seine Macht gründet freilich nicht allein auf den verfassungsmäßigen Rechten, sondern ist — abgesehen von den im Präsidentenamts institutionalisierten charismatischen Elementen des Caudillotums — auch durch die gegenüber anderen politischen Kräften dominierende Partido Revolucionario Institucional (PRI) bedingt, die ihre vornehmste Aufgabe

darin erblickt, präsidentielle Beschlüsse materiell und psychologisch vorzubereiten, zu popularisieren und zu realisieren. Von der Revolutionspartei majorisiert, begreifen sich beide Kammern des Kongresses als ein Instrument zur formalen Sanktionierung präsidentieller Entscheidungen und nicht als Forum der Konsultation, zur Formulierung von Entscheidungsalternativen und zur Korrektur der Regierungspolitik. Nicht minder wichtig für das Verständnis der realen Machtstruktur ist, wie González Casanova hervorhebt, die Tatsache, daß die Munizipien gegenüber den Bundesstaaten und beide — ungeachtet der formal föderativen Struktur des Staates — gegenüber der Zentralgewalt kaum eine Möglichkeit autonomer Entscheidungsfindung und -durchführung haben; daß die Macht auf lokaler und regionaler Ebene partiell noch von „starken Männern“ ausgeübt wird, die durchaus nicht immer mit den gewählten Amtsinhabern identisch sind; daß wenige, aber wirtschaftlich potente Individuen und Gruppen wesentlichen Einfluß auf die Politik auszuüben vermögen. Die PRI selbst ist insofern nicht demokratisch strukturiert, als sie nicht von der Basis getragen und kontrolliert wird; die Gewerkschaften wiederum sind — abgesehen davon, daß sie nur einen geringen Teil der Arbeitnehmer (1964 rund 10,5 Prozent) erfassen — Anhängsel und überwiegend Werkzeug der Regierungspartei. Ihre und anderer der PRI angeschlossenen Organisationen Mitwirkung an der Willensbildung reduziert sich auf eine bloße Akklamation der überwiegend höhererorts selektierten Kandidaten für die Regierungs- und Verwaltungsposten in den Munizipien, Einzelstaaten und im Bund. Wahlen sind nicht echt kompetitiv und deshalb ein nur begrenzt brauchbarer Indikator für die Feststellung von Regimebejahung bzw. -ablehnung. Oppositionelle Parteien haben, auch wenn sie sich ausdrücklich zu den Verfassungsgrundsätzen und -zielen bekennen — was in Anbetracht deren Interpretationsspielraums allerdings nicht schwierig ist —, wegen des einseitig die PRI begünstigenden Mehrheitswahlrechts, des erdrückenden Einsatzes von Wahlkampfmitteln seitens der PRI und deren stereotypen, die Sensibilisierung der Volksmassen für Alternativen behindernden Wahlslogans: wer für Mexiko ist, wählt PRI, keine Chance, die Mehrheit der Regierungspartei zu brechen.

Unter der Führung der PRI hat Mexiko zwar eine Reihe von Errungenschaften aufzuweisen, wie z. B. ein relativ hohes Wirtschaftswachstum und Konsumniveau; eine stabile Währung, geringe Kapitalflucht angesichts günstiger Verzinzungsmöglichkeiten; eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung und ein ansatzweise gut funktionierendes System der sozialen und gesundheitlichen Fürsorge; ein umfassendes, wenn auch noch unzureichendes Bildungssystem; eine Agrarreform; relative Pressefreiheit und, last not least, eine relativ gewaltlose Austragung gesellschaftlicher Konflikte. Dieser Aktivseite steht jedoch gegenüber: eine äußerst ungleiche Verteilung des Volkseinkommens — um ein Beispiel herauszugreifen: 1963 entfielen auf 29,2 Prozent der Familien nur 6,1 Prozent des Gesamteinkommens, auf 1,8 Prozent jedoch 15,5 Prozent; von der Arbeits- und Sozialgesetzgebung profitieren im wesentlichen nur die Mitglieder der der PRI angeschlossenen Berufsorganisationen, insbesondere die Staatsbediensteten; ein nicht unbeträchtlicher Teil der schulpflichtigen Kinder kommt aus verschiedenen Gründen nicht in den Genuß der Bildungseinrichtungen; der Großgrundbesitz mit seinen ausbeuterischen Praktiken ist nicht beseitigt, die Zuteilung von Land ist vielfach nicht mit der Übertragung individueller, soziale Sicherheit gewährleistender Besitztitel verbunden. Die Indios weisen noch Merkmale einer kolonialen Gesellschaft auf — sie sind größten-

teils weder in die Volkswirtschaft noch in die nationale Kultur integriert. Industrialisierungsgrad und Lebensstandard weisen enorme regionale Unterschiede auf mit der Folge einer starken Migration aus ärmeren Regionen in reichere. Diese sowie die Migration vom Land in die Stadt führen zwar zu besseren Einkommenschancen, bewirken aber auch Arbeitslosigkeit. Das Heer der have-nots wächst, zwar nicht relativ, aber absolut weiter.

González Casanova stützt seine Analyse auf ein umfangreiches, im Anhang abgedrucktes statistisches Material, darunter Daten über Ernährungs- und Kleidungsgeohnheiten (bzw. -möglichkeiten) der Bevölkerung, Bildungsstandard, Beschäftigungsstruktur, Einnahmen und Ausgaben von Bund und Bundesstaaten, direkte Auslandsinvestitionen, Beteiligung und Stimmverteilung bei den Präsidentschafts- und Deputiertenwahlen von 1964. Bedauerlich ist es, daß er die englische Ausgabe nicht genutzt hat, um seine „Bestandsaufnahme“ auf jüngere Daten zu stützen. (Wenn im Vorwort zu dieser Ausgabe von der Einfügung neuester statistischer Daten die Rede ist, so ist das irreführend — gemeint sind Zahlen, die in die 2. mexikanische Auflage von 1967 gegenüber der ersten von 1965 aufgenommen worden sind.) Dieses Versäumnis ist indessen González Casanovas Intention einer marxistischen und „soziologischen“ Analyse der Demokratisierungs- und damit Entwicklungschancen Mexikos nicht abträglich, da deren Prämissen sich kaum geändert haben. (Die verbale Dichotomisierung der Methoden leuchtet allerdings nicht recht ein, da die marxistische Methode auch eine soziologische ist; der Verfasser meint mit der soziologischen Analyse eine auf liberalen Konzeptionen gründende.)

González Casanova kommt hierbei zu folgendem Ergebnis: Er hält die Voraussetzung für eine sozialistische Revolution in Mexiko für nicht gegeben, wohl aber erachtet er einen „faschistischen“ Staatsstreich oder zumindest — so könnte man angesichts der Ereignisse von Tlatelolco vom Herbst 1968 konkretisieren — einen Rückgriff auf diktatorisch-repressive Mittel der Machtbehauptung für möglich. Solange sich Mexiko unter kapitalistischen Bedingungen nicht voll entwickelt hätte, würde es bei dem jetzigen dominanten Ein-Partei-System bleiben, d. h. keine zum Klassenkampf bereite und fähige proletarische Massenpartei entstehen. Die Leninsche Lösung: die proletarische Revolution in einem unterentwickelten Land, scheint ihm nicht nur nicht akzeptabel, sondern auf Mexiko auch nicht übertragbar, da die PRI Arbeiter- und Bauernführer durch die Vergabe von Posten und Sinekuren absorbiert, damit deren etwa aufkeimendes revolutionäres Bewußtsein korrumpiert und die Entstehung einer klassenbewußten Arbeiterschaft verhindert. Ein Bündnis von Arbeitern, Bauern und Bürgertum gegen Lati-fundismus und US-amerikanische Überfremdung erscheint ihm angesichts der personalen und interessenbezogenen Verflechtung von Großindustrie, Großhandel und Großgrundbesitz und der Verschränkung von nationalem und US-Kapital für undenkbar. Abgesehen hiervon bleibt für González Casanova die bürgerliche Demokratie unabdingbare Prämisse einer jeglichen Entwicklung im Sinne einer Teilhabe der gesamten Bevölkerung an Einkommen, Kultur und Macht. Erst durch eine Demokratisierung, z. B. in Gestalt einer umfassenden, von der PRI unabhängigen, mit einer starken Verhandlungsmacht ausgestatteten Gewerkschaftsbewegung sei an eine kapitalismusimmanente Umverteilung des Volkseinkommens zu denken — übrigens ein Entwicklungsweg, den die Industriestaaten im 19. Jahrhundert gegangen sind.

Bei aller berechtigten Kritik an der herrschenden, eine weitere Demokratisierung vorerst hemmenden Revolutionspartei — deren Mobilisierungs-, Integrations- und Stabilisierungsfunktion hätte eine stärkere Würdigung verdient. Denn noch ist keine alternative politische Kraft vorstellbar, die es vermöchte, das Wir-Bewußtsein der ethnisch, kulturell und sozial fragmentierten Bevölkerung zu entfalten, sie um eine, wenn auch brüchige Revolutions- und Verfassungsideologie zu scharen und gewaltsame Konfliktregelungsmuster — bei aller dem Machtanspruch der PRI selbst innewohnenden Konflikträchtigkeit — abzubauen — alles ebenfalls Voraussetzungen von Demokratisierung und damit Entwicklung, soweit beide nicht im Lichte der marxistisch-leninistischen Konzeption gesehen werden.

González Casanovas Buch hebt sich durch seine scharfsinnige, realitätsbezogene, nüchterne, gleichwohl nicht unengagierte Analyse in erfreulicher Weise gleichermaßen von unkritischen, systembejahenden mexikanischen Arbeiten über Mexiko ab als auch von solchen, die marxistisch-leninistische Konzeptionen unbesehen auf die spezifischen mexikanischen politischen und sozioökonomischen Verhältnisse zu übertragen versuchen.

Auch Johnsons Buch ist besonderer Aufmerksamkeit wert, da er im Gegensatz zu zahlreichen seiner US-amerikanischen Kollegen den Nachdruck auf die Schattenseiten der mehr als 40jährigen Herrschaft der unter verschiedenen Namen aufgetretenen Revolutionspartei legt. Zwar muß man den eher affirmativen Mexikostudien insofern Gerechtigkeit widerfahren lassen, als diese in einer Zeit verfaßt wurden, als die Notwendigkeit eines tiefgreifenden politischen und sozialen Systemwandels noch nicht zu einer Systemkrise ausgewachsen war. Johnson macht denn seine Kritik auch gezielt an den blutig unterdrückten Studentendemonstrationen des Jahres 1968 fest. Wie González Casanova verwendet er ein dualistisches Konzept zur Beschreibung und Analyse Mexikos. Erscheinungen, die González Casanova mit dem Begriffspaar Partizipation und Entfremdung konzeptualisiert, subsumiert Johnson unter die Konzepte „esoterisches“ und „exoterisches“ politisches System. Sie dienen ihm zur Kennzeichnung der Tatsache, daß die politische Willensbildung von der PRI bzw. den ihr angeschlossenen Organisationen und von der von ihr getragenen Regierung monopolisiert ist, während eine Vielzahl von politischen Gruppierungen von der Bestimmung über die Allokation von Gütern und Werten ausgeschlossen ist, da PRI und Regierung sich allein für legitimiert halten, die Anliegen der Revolution von 1910 und der Verfassung von 1917 wahrzunehmen.

Besonders lesenswert ist Johnsons Strukturanalyse des mexikanischen Regimes. Es besteht ihm zufolge aus einem eng geknüpften Netz von einflußreichen Cliquen bzw. Kamarillas und Subkamarillas, die ihre Angehörigen in politische Schlüsselpositionen zu plazieren verstehen und somit an der Macht teilhaben, was er u. a. an der Nachfolge von Martínez Domínguez im PRI-Vorsitz 1968 verdeutlicht. Die breite Masse der Bevölkerung ist lediglich Konsument des Regierungsausgangs. Anstatt Konfliktpotentiale zu institutionalisieren, habe das mexikanische Regime zwei Instrumente bis zur Perfektion entwickelt, mit denen es abweichende bzw. kritische Meinungen daran hindert, einen Konfliktstau zu erzeugen, der es in eine ernste Gefahr bringen könnte. Erstens, die außerordentliche Fähigkeit der PRI, Dissidenten und Oppositionelle in das „esoterische“ System zu kooptieren; zweitens, die Fähigkeit von Regierung und PRI, mittels gezielter Problemlösungen Wohlverhalten und Unterstützungsbereitschaft von Individuen und Gruppen zu

mobilisieren und die Unzufriedenheit der Volksmassen durch revolutionäre Rhetorik und Symbolik sowie mit ungedeckten Wechsellern auf eine bessere Zukunft zu neutralisieren. Es dürfte nicht verfehlt sein, in diesen Fähigkeiten das „Geheimnis“ der politischen Stabilität Mexikos zu sehen. Nur bezweifelt Johnson allerdings, und dies zu Recht, daß diesem Instrumentarium in Anbetracht des schon von González Casanova festgestellten und ausführlich beschriebenen politischen und sozioökonomischen Entwicklungsdefizits auf die Dauer Erfolg beschieden sein kann.

Seinem Ansatz entsprechend widmet Johnson besondere Aufmerksamkeit der Analyse der „outgroups“ und der studentischen Demonstrationen vom Sommer und Herbst 1968. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß eine Umgruppierung der marxistischen Kräfte in den 70er Jahren einen radikalen Wandel des „esoterischen“ Systems bewirken könnte. Er stützt diese Prognose auf die Beobachtung, daß es die Revolutionspartei, die sich bisher einer Demokratisierung von der Basis her, wie sie der ehemalige Parteivorsitzende Carlos A. Madrazo 1964/65 anvisiert hatte, versagt hat, zunehmend schwerer habe, die Jugend — rund 65 Prozent der Bevölkerung soll jünger als 25 Jahre sein — durch Vergabe von Posten an sich zu binden, die Umverteilung allein durch Kooptation und Korruption vorzunehmen und durch punktuelle Maßnahmen und revolutionäre Symbolik Systemzufriedenheit zu erzeugen. Dieser Vorausschau wäre freilich die außerordentliche Zersplitterung der „Linken“ entgegenzuhalten, deren Überwindung auch bei wiederholten Repressionen im Stile derjenigen von Tlatelolco unter Berücksichtigung lateinamerikanischer Erfahrungen nur schwer vorstellbar ist. Weit eher scheint die „offizielle“ Oppositionspartei Partido Acción Nacional (PAN), wie die — von Johnson nicht berücksichtigten — Wahlergebnisse von 1970 zeigen, sich als Alternative zur herrschenden PRI zu qualifizieren und von der Bevölkerung auch akzeptiert zu werden.

Johnson ist ebenso wie González Casanova darin zuzustimmen, daß die Legitimations- und Distributionskrise des mexikanischen politischen Systems und die damit einhergehende Zunahme anomischer Gewalt in der politischen Auseinandersetzung wohl nur durch eine Demokratisierung der PRI und des politischen Systems überhaupt sowie durch einen nachhaltigen sozioökonomischen Wandel gemeistert werden könne. Beide setzen allerdings die Akzente unterschiedlich: während Johnson politischen und sozioökonomischen Wandel als jeweils alternative Lösungsmöglichkeiten ins Auge faßt — offensichtlich unter dem Einfluß der in der US-amerikanischen Entwicklungsländer-Forschung verbreiteten Ansicht, daß materielle Modernität *conditio sine qua non* einer Demokratisierung der politischen Strukturen sei —, räumt González Casanova der Demokratisierung der politischen Strukturen eine deutliche Priorität ein, wobei er — richtigerweise — die Interdependenz beider Strategien nicht verkennt, bedauerlicherweise aber die Demokratisierung auch wirtschaftlicher Strukturen ebenso wenig diskutiert wie die Möglichkeit eines Entwicklungsweges, der weder von demjenigen der „Ersten Welt“ noch demjenigen der „Zweiten Welt“ vorgezeichnet wäre.

So paradox es klingen mag: Regierung und Regierungspartei könnten das Opfer ihrer eigenen, wenn auch relativen Erfolge werden, da diese sowie die weitgehende Identifizierung der Mexikaner mit Staat und Partei — Ergebnis eines erfolgreichen Sozialisationsprozesses — deren Erwartungshorizont erweitert haben. Für

die Entwicklung Mexikos wäre im Augenblick schon viel gewonnen, wenn PRI und Regierung oppositionelles Verhalten nicht gleich quasi als Verschwörung gegen die von ihnen repräsentierte Ordnung perzipieren und durch beherzte Inangriffnahme politischer und sozioökonomischer Reformen Konfliktpotential abbauen würden, statt sich im wesentlichen auf eine sterile, unflexible Law-and-order-Politik zu beschränken.

Robert K. Furtak

DEREK HOPWOOD (Hrsg.)

**The Arabian Peninsula. Society and Politics**

George Allen and Unwin Ltd., London, 1972, 320 S.

Das vorliegende Buch geht auf ein Seminar zurück, das gemeinsam vom Centre of Middle Eastern Studies der School of Oriental and African Studies, London, und vom Middle East Centre of St. Anthony's College, Oxford, im akademischen Jahr 1968/69 veranstaltet worden ist. Vierzehn namhafte Nahost-Experten äußern sich in Einzelbeiträgen zum Thema „Society and Politics“ auf der arabischen Halbinsel. Die Abhandlungen über die gesellschaftlichen und politischen Probleme des mit dem Titel „Arabian Peninsula“ geographisch nur unscharf bezeichneten Raumes beziehen sich indessen — wenn man von einem Artikel über das Erziehungs- und Pressewesen in Südyemen absieht — allein auf den ostarabischen Raum und hier vornehmlich auf die an den Persischen Golf grenzenden Staaten — was sicherlich auf die energiepolitische Bedeutung dieses Teiles der arabischen Halbinsel zurückzuführen ist. Wenngleich als Anliegen dieser Publikation nicht ausdrücklich vorgegeben, so lassen Anordnung und Zusammenstellung der Einzelbeiträge erkennen, daß der Leser mit den Problemen vertraut gemacht werden soll, die sich aus den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zwängen einer hochtechnisierten Ölindustrie in einer weitgehend mittelalterlich, islamisch geprägten Welt ergeben.

Die Publikation gliedert sich in vier Teile: in die Abschnitte „History“ und „Political Developments and International Relations“, wo über knapp 200 Seiten ein breiter, aber notwendiger geschichtlicher Überblick gegeben wird, und in die eigentlichen Hauptkapitel „Sociology and Culture“ und „Economics“, in denen sich die Analysen über die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungen finden.

Der bereits mit seinem umfassenden Werk „History in Eastern Arabia“ 1965 in Erscheinung getretene Al Hakima gibt im Rahmen des Abschnittes „History“ einen knappen Überblick über die Entwicklung der Emirate Kuwait, Bahrein, Qatar und der Trucial-Scheichtümer. Als zeitlichen Ausgangspunkt wählt er die Mitte des 18. Jahrhunderts. Obwohl bestimmte an den Persischen Golf angrenzende Gebiete — so insbesondere Kuwait, Qatif, Uqayr und Ras al Khaimah — schon von jeher als Handelsumschlagsplätze von großer Bedeutung gewesen sind und insoweit auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken können, ist der zeitliche Ausgangspunkt im Hinblick auf die zunehmende Verstaatung der Gemeinwesen zweifelsohne von grundlegender Bedeutung. Denn zu jener Zeit erfolgte durch das Auftreten der Utubi-Stämme erstmalig eine Befestigung von Kuwait, Bahrein und Zubarah und eine weitgehende Integration der an der Trucial Coast lebenden Stämme durch die Vorherrschaft der Al Qawasim. Im Rahmen der Stammes-